

Moyanos Muskelspiele

Lkw-Gewerkschafter organisiert Großdemo

Buenos Aires (AT/mc) - Mit einer massiven Großdemonstration haben Gewerkschafter und linksgerichtete politische Gruppierungen am Mittwochnachmittag auf der Straße 9 de Julio gegen die Politik der Nationalregierung von Präsident Mauricio Macri demonstriert. Der Verkehr in der Innenstadt wurde teilweise erheblich beeinträchtigt.



Massenprotest in der Innenstadt von Buenos Aires.

Hauptorganisator Hugo Moyano erklärte: „Wir sind hierher gekommen, um der Regierung zu sagen, dass sie aufhören möge mit einer Politik, die die Arbeiter und ihre Kinder hungern lässt.“

Der Chef der Lkw-Fahrer-Gewerkschafter, gegen den derzeit Ermittlungsverfahren mit Verdacht auf Veruntreuung und Geldwäsche laufen (wir berichteten), versuchte vor Zehntausenden Teilnehmern herauszustellen, dass die Mobilisierung nichts mit seiner privaten Situation zu tun habe: „Wenn ich tatsächlich Probleme hätte, wäre ich Manns genug, mich zu verteidigen“, so Moyano.

Er erinnerte daran, dass er in seinem Leben bereits drei Mal im Gefängnis saß - zweimal davon während der letzten Militärdiktatur. Die aktuellen Vorwürfe gegen ihn seien aber nicht mehr als „Schwachsinn“.

Moyano betonte, dass die Absichten der Gewerkschafter weder „antidemokratisch“ noch „umstürzlerisch“ seien. Im Gegenteil: Es seien die Arbeiter

gewesen, die am meisten für die Rückkehr des Landes zur Demokratie gekämpft hätten. Mit Drohung oder Erpressung habe der aktuelle Protest jedenfalls nichts zu tun. Der Chef der Lkw-Fahrer beklagte vor allem die Rentenkürzungen, durch die Millionen von Ruhestandlern von der Regierung betrogen würden.

Deutliche Worte der Kritik an der Regierung fand auch Juan Carlos Schmid, der Chef der Wasserbauarbeiter, der auch dem Führungstrio des Dachverbands CGT ange-

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

Besseres Internet für Buenos Aires	3
Die Woche in Argentinien.....	4

Meinung

Fragwürdige Gewerkschaftsmacht.....	5
Im Blickfeld: Frei und nicht frei.....	6
Randglossen	8

Wirtschaft

Staatsfinanzen im Januar:

primärer Überschuss und hohes finanzielles Defizit	9
Argentinien	10
Lateinamerika	14
Geschäftsnachrichten.....	15

Wirtschaftsübersicht

Die Ungewissheit über die Zukunft als Störungsfaktor.....	16
Konfliktive Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU-Mercosur	18

hört: „In ihren bisher zwei Jahren hat diese Regierung erreicht, das Land auf grenzenlose Weise zu verschulden. Sie hat ferner erreicht, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.“ Die Regierungsverantwortlichen bezeichnete Schmid als „Faulpelze, die sich auf Kosten der Ärmsten bereichern“.

Trotz ihres Massencharakters spiegelte die Veranstaltung aber auch die gegenwärtige Zerrissenheit des

Gewerkschaftslagers wider. So hatten einflussreiche Arbeitnehmervvertretungen wie die Gewerkschaften der Metallarbeiter und der Gastronomiebeschäftigten bereits im Vorfeld erklärt, nicht teilnehmen zu wollen. Ihnen schien Moyanos Engagement zu sehr persönlich motiviert zu sein.

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung:
▶ Telefon/Fax:
▶ Internet:
▶ E-Mail:
- Ciudad de La Paz 1410
C 1426 AHB Buenos Aires
(5411) 4782-5104 / 4785-0227 /
4780-4353
- www.tageblatt.com.ar
info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar
(Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar
(Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar
(Anzeigenabteilung)
atsuscripciones@fibertel.com.ar
(Abonnements)

Folgen Sie uns
auf Twitter!

@ATdeBuenosAires

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 5.346.916

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Besseres Internet für Buenos Aires

Glasfasernetz mehr als verdreifacht

Buenos Aires (AT/mag) - Die Regierung von Buenos Aires hat das Glasfasernetz im Stadtgebiet deutlich erweitert. Zwischen 2015 und 2018 hat sich dessen Ausdehnung mehr als verdreifacht. Statt früher fünf separater existiert heute ein zusammenhängendes Netz. Dadurch soll die Internetgeschwindigkeit in der Hauptstadt verzehnfacht werden. Von der 230 Millionen Pesos teuren Investition sollen vor allem Schulen und Krankenhäuser profitieren. Aber auch auf die Sicherheit hat die Maßnahme Einfluss.

Wie die Zeitung „El Cronista“ berichtet, umfasst das heutige Glasfaserangebot 635 Kilometer, vor drei Jahren waren es noch 200. Statt 10 GB im Jahr 2015 sind heute bis zu 100 GB pro Sekunde möglich. Mit dem neuen Glasfasernetz können nun Schulen, Krankenhäuser, aber auch Polizeistationen und wichtige Verkehrsknotenpunkte mit besserem Internet ausgestattet werden.

Anders sei in diesen Bereichen kein Fortschritt möglich, sagte Vize-Bürgermeister Diego Santilli „El Cronista“. 722 schulische Einrichtungen wurden mittlerweile an das neue Netz angeschlossen. Davon profitieren 220.000 Schüler und 20.000 Lehrer.

Von besonderer Bedeutung ist die Investition für die Krankenhäuser. Patientendaten können heute 25-mal schneller abgerufen werden als noch im Jahr 2015. Dies kann im Zweifel Leben retten, da zukünftig neben den Gesundheitszentren auch die Krankenhäuser von verschiedenen Orten aus - etwa auf die Laborwerte einer Person - Zugriff haben.

Ein weiterer Effekt des schnellen Internets zeigt sich im Bereich der Sicherheit. 2500 neue Überwachungskameras werden im Laufe des Jahres neu installiert.

Neben den genannten Bereichen sollen sich auch für die Behörden Verbesserungen ergeben, beispielsweise in Bezug auf die Verlängerung von Führerscheinen oder Personalausweisen (DNI).

Schlussendlich profitiert jeder Handy-Nutzer von der Investition der Regierung. An immer mehr Orten ist das öffentliche WLAN verfügbar, dazu zählen auch die Verkehrsknotenpunkte Constitución, Once und Retiro.

Die Woche in Argentinien

Neuer Heereschef

Personalwechsel an der Spitze des argentinischen Heeres: Vor wenigen Tagen tauschte Präsident Mauricio Macri den bisherigen Oberkommandierenden General Suñer durch Claudio Pasqualini aus. Letzterer hatte zuletzt die in Córdoba stationierte Zweite Heeresdivision befehligt. Macri folgte somit dem Vorschlag seines Verteidigungsministers Oscar Aguad. Die Neuaufstellung an der Heerespitze hatte eigentlich bereits im vorigen Dezember stattfinden sollen. Doch aufgrund der Tragödie um das verschollene U-Boot „ARA San Juan“ verzögerte sich die Maßnahme. Wie die Zeitung „Página/12“ berichtet, sei die Neubesetzung im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Nationalregierung zu sehen, die Streitkräfte auch im Landesinneren, etwa zur Bekämpfung des Drogenhandels oder des Terrorismus, einzusetzen. Eine Strategie, von der Suñer demnach nicht überzeugt gewesen sei. Suñer stand zuletzt auch bei Menschenrechtsgruppen in der Kritik. Unter seiner Führung wurde erstmals seit längerer Zeit wieder Soldaten der letzten Militärdiktatur gedacht, die im Kampf mit den Guerrilla-Organisationen Montoneros und ERP ums Leben kamen.

Díaz Gilligan tritt zurück

Der Druck war dann doch zu groß: Am Montag erklärte Valentín Díaz Gilligan seinen Rücktritt als Staatssekretär im Präsidentialamt. Vorausgegangen waren Enthüllungen der spanischen Zeitung „El País“, nach denen Díaz Gilligan seit 2012 auf einem Bankkonto in Andorra 1,2 Millionen US-Dollar gehortet hatte, ohne dies in seinen eidesstattlichen Vermögenserklärungen anzugeben. Zunächst hatte Kabinettschef Marcos Peña seinen Parteifreund noch verteidigt. Doch schließlich waren auch kritische Töne aus Reihen der Radikalen Bürger Union (UCR) und der Bürgerlichen Koalition (CC), den Koalitionspartnern von Mauricio Macris PRO-Partei, immer lauter geworden. Díaz Gilligan beteuerte in der Rücktrittserklärung, unschuldig zu sein. Er räume seinen Posten aber, um die Drucksituation zu entspannen.

Zehn Tonnen Marihuana

Die Gendarmerie hat in der Stadt San José (Provinz Misiones) 9,7 Tonnen Marihuana im Wert von fast 400 Millionen Pesos beschlagnahmt. Die Beamten fanden die Drogen unter Papierservietten in einem Kühllastwagen, wie Sicherheitsministerin Patricia Bullrich vor wenigen Tagen mitteilte. Die Einsatzkräfte stellten den Lkw auf der Kreuzung der Straßen 14 und 105. Drei Personen seien im Zuge der Aktion festgenommen worden. „Die Bande hatte Marihuana angehäuft. Wir wussten, dass

sie im Begriff waren, es zu transportieren, weil sie einen Kühllastwagen in San Luis gekauft hatten“, erläuterte die Ministerin. Man habe in diesem Monat die sichergestellte Menge an Drogen versechsfachen können, wenn man es mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre vergleiche, so Bullrich. Der Polizeiaktion seien monatelange Ermittlungen vorangegangen, hieß es.

Über 200 Schlangen in Wohnung

219 lebendige Schlangen hat die Polizei in einer Wohnung im Buenos Aires-Stadtteil Once sichergestellt. Unter den Tieren seien Pythonschlangen und Amazonas-Boas gewesen, genauso wie 19 Schlangeneier, wie das Umweltministerium am Dienstag mitteilte. Die Tiere waren in Kisten untergebracht und sollten offensichtlich auf dem illegalen Markt verkauft werden. „Wir wissen nicht, woher sie stammen“, sagte Umweltminister Sergio Bergman. Auch sei unklar, wozu sie genau gedacht gewesen seien. Trotz ihres furchterregenden Aussehens stellten sie keine Gefahr für die Nachbarn dar, versicherte der Leiter der Behörde für wilde Tiere, Santiago D'Alessio. Wissenschaftler sollen die Schlangen nun untersuchen und entscheiden, ob sie in ihren natürlichen Lebensraum zurückkehren können.

Mehr Privatuni-Absolventen

Die Zahl der Abschlüsse an privaten Universitäten ist seit Mitte der 90er Jahre signifikant gestiegen. Zu diesem Schluss kommt das Studienzentrum für argentinische Bildung (CEA) in einer aktuellen Analyse, über die zuerst die Zeitung „Clarín“ berichtete. Demnach hat sich die Zahl der Abgänger von nicht-staatlichen Hochschulen zwischen 1995 und 2015 mehr als vervierfacht. Waren es zu Beginn des untersuchten Zeitraums 9574 Absolventen, so betrug deren Zahl 20 Jahre später 41.918. Der Abstand zu den Absolventen staatlicher Unis, deren Zunahme deutlich geringer ausfiel, verringerte sich damit beträchtlich. Wurden 1995 noch 35.546 registriert, waren es 2015 dann 83.042. Auffällig ist laut der Untersuchung auch der höhere Grad an „Studieneffizienz“ bei den Privaten. Dort schafften 43 Prozent in einem Zeitraum von fünf Jahren einen Abschluss. Bei den Staatlichen sind es momentan im Schnitt nur 29 Prozent. Die besseren Werte der privaten Unis erklären die Macher der Studie mit deren größeren Angebot an kürzeren Studienzeiten und Fernstudiengängen. Insgesamt hat die Zahl der privaten Unis zwischen 1995 und 2015 von 86 auf 131 zugenommen. (AT/mc/dpa)

Fragwürdige Gewerkschaftsmacht

Von Juan E. Alemann

Kein Land verträgt Gewerkschaften, die sich gegenüber dem Staat und der Politik durchsetzen, umso weniger, wenn die Spitzengewerkschafter wirklichkeitsfremde Forderungen stellen, die im Endeffekt die Inflation antreiben, die Vollbeschäftigung verhindern, Schwarzarbeit schaffen und das wirtschaftliche Wachstum behindern. Wenn die Politik über die Gewerkschaften geht und nicht über die Regierung und das Parlament, dann ist es um das republikanische System und die Demokratie schlecht bestellt.

Die Gewerkschaften sind jetzt sehr geschwächt. Wie weit dies auf das Vorgehen der Macri-Regierung oder andere Umstände zurückzuführen ist, ist ein Thema für Politologen, ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Gewerkschafter ihre effektive Macht weitgehend eingebüßt haben, was der Regierung einen großen Spielraum gibt, um sich durchzusetzen.

Der Dachverband der Gewerkschaften, die CGT, ist gespalten und führt ein Schattendasein. Die meisten wichtigen Gewerkschaftsführer verweigern dem einst mächtigen Gewerkschafter Hugo Moyano von den Lastwagenfahrern ihre Unterstützung, so dass der von ihm organisierte große Aufmarsch der letzten Woche eine beschränkte Bedeutung hatte. Dazu trug auch der Umstand bei, dass einige kleinere Gewerkschaften eine Woche zuvor eine Kundgebung auf der Plaza de Mayo organisiert hatten, statt sich der von Moyano anzuschließen. Dabei waren nur etwa 15.000 Menschen auf der Straße, einschließlich vieler, die linken Gruppen und nicht Gewerkschaften angehören.

Inzwischen schreitet die Regierung bei ihrer Lohnpolitik immer mehr voran. Die Gewerkschaft der Angestellten der Stadtverwaltung von Buenos Aires hat einer Lohnerhöhung von nur 12% ab 1. April, für 12 Monate und ohne Inflationsklausel, zugestimmt,

wobei die Zulage in Raten gezahlt wird, so dass der Jahresdurchschnitt weniger ergibt. Die Gewerkschaft der Belegschaft der staatlichen AYSA hat eine Zulage von 15% angenommen. Diese und andere ähnliche Fälle weisen darauf hin, dass die Regierung sich schließlich mit ihrem Ziel von 15% plus Zulagen wegen Produktivitätsfortschritten durchsetzt. Dass überhaupt dabei von Produktivität die Rede ist, ist ein großer konzeptueller Fortschritt.

Gewiss dürfte ein Zusammenhang zwischen der mäßigen Haltung vieler Spitzengewerkschafter und den Korruptionsprozessen gegen mehrere Gewerkschafter bestehen. Dass vier bedeutende Gewerkschaftsführer (Omar "Caballo" Suarez, Juan Pablo "Pata" Medina, Humberto Montero und Luis Balcedo) sich in Haft befinden, ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Es ist das erste Mal, dass so etwas geschieht. Auch gegen Hugo Moyano läuft ein Justizverfahren wegen Bereicherung auf Kosten der Gewerkschaft, und Victor Santa María, der die Hauswarte vertritt, steht auch im Visier. Viele andere Gewerkschafter betreiben auch Unternehmen, und allgemein können sie ihren Lebensstil nicht mit ihrem Einkommen als Generalsekretäre einer Gewerkschaft rechtfertigen.

Präsident Macri will jetzt durchsetzen, dass die Gewerkschafter, ebenso wie die Beamten, die politische Posten besetzen, eine Vermögenserklärung abgeben müssen. Das wäre für die meisten peinlich.

Macri nutzt die Macht, die ihm diese Konstellation gewährt, zunächst aus, um seine Lohnpolitik durchzusetzen. Dabei sollte er jedoch einen Schritt weitergehen und die Arbeitsgesetzgebung dahingehend ändern, dass sie eine erhöhte Produktivität und auch die Beschäftigung nicht hemmt.

Im Blickfeld

Frei und nicht frei

Von Magdalena Hechtel

Und wieder einmal war es ein Foto, das mehr ausdrückte als es Worte hätten tun können. Ein vom Gefängnis sichtlich gezeichneter Deniz Yücel mit strubbeligen Haaren und langem Schnäuzer hält seine Ehefrau Dilek Mayatürk in den Armen. In seiner Hand hat Yücel einen großen Bund Petersilie, die Pflanze, die er in seiner Zelle in eine abgeschnittene Colaflasche gestellt hatte, weil sie ihn an seine Frau erinnert. Außer den beiden ist auf dem Foto nur ein gepflasterter Weg erkennbar, der links von einer Mauer und auf der rechten Seite von einem hohen Stahlzaun begrenzt wird. Trostloser kann ein Hintergrund kaum mehr sein.

Nur wenige Stunden später war Deniz Yücel nach über einem Jahr zurück in Deutschland. Was letztlich dazu geführt hat, dass der Journalist nach 367 Tagen in einem Hochsicherheitsgefängnis plötzlich eine Anklage erhielt und ein Gericht ihn bis zu seinem Prozess auch noch ohne Ausreiseverbot auf freien Fuß gesetzt hat, ist unklar. Zu undurchsichtig sind die diplomatischen Pfade, die sowohl Altkanzler Gerhard Schröder als auch Außenminister Sigmar Gabriel im Vorfeld der Entlassung Yücel in die Türkei geführt haben. Allein die Tatsache, dass Gabriel betonen musste, es hätte keine Deals mit Ankara gegeben, zeigt, wie überraschend und zugleich verdächtig die Freilassung Yücel letztendlich war, obwohl sich in den Tagen zuvor die Gerüchte darüber gehäuft hatten. Und so sehr Gabriel, und natürlich Yücel selbst, sich darüber freuten, so bitter ist doch der Beigeschmack, den die Vorgänge haben. Fünf Deutsche sitzen derzeit noch in der Türkei in Haft, das Außenmi-

nisterium vermutet dahinter politische Gründe. Wann fliegt also die nächste Regierungsmaschine mit einem hohen diplomatischen Vertreter an Bord nach Ankara oder Istanbul, in dem Versuch, einen Unbekehrbaren wie den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu Kompromissen zu überreden, die zwar in Einzelfällen nett sind, an dem tatsächlichen Problem aber nichts ändern?

Oder war die Freilassung des Korrespondenten gar keine diplomatische Glanzleistung, sondern ein Bonbon des türkischen Staates, der sich dadurch eine Verbesserung der zuletzt arg in Mitleidenschaft gezogenen Beziehungen zur Bundesrepublik erhofft?

Deniz Yücel selbst äußerte sich nach wenigen Stunden in Freiheit per Video und teilte mit bemerkenswerter Standhaftigkeit mit, dass er sich zwar über seine Entlassung freue, weiterhin aber viele seiner Kollegen, darunter sein Zellennachbar, noch immer im Gefängnis säßen. Außerdem sei seine Freilassung ebenso wenig wie seine „Geiselnahme“ durch rechtsstaatliche Prinzipien zustande gekommen. Die Türkei behauptet jedoch genau das. Zur Untermauerung dessen tauchte plötzlich die sich seit über einem Jahr in Bearbeitung befindliche Anklageschrift auf, stolze drei Seiten lang. Und der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım ließ sich gar zu der Aussage verleiten, „Einzelfälle wie der von Deniz Yücel“ seien nicht in der Lage, die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland „zu stören oder gänzlich zu zerstören“.

Was Yildirim nicht begreifen mag, ist, dass Yücel keineswegs ein Einzelfall ist. Deutschland darf es eben genau nicht darum gehen, seine inhaftierten Staatsbürger möglichst schnell auszufliegen und danach ins Tagesgeschäft zurückzukehren. Wenn in einem Land über 150 Journalisten im Gefängnis sitzen, einzig und allein deshalb, weil sie ihren Job gemacht und einem zum Autoritarismus übergegangenen Regime nicht nach dem Mund geschrieben haben, kann Deutschland nicht einfach zusehen. Am Tag der Freilassung Yücel's wurden nicht weniger als sechs ehemalige Journalisten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Diese Urteile sind nichts weniger als eine Machtdemonstration der türkischen Regierung, die postwen-

dend jedes noch so zarte Pflänzchen der Hoffnung erstickte, das durch die Freilassung Yücel's bei seinen inhaftierten Kollegen aufgekommen sein könnte. Nicht nur der Beigeschmack ist also bitter, sondern die Realität an sich. Yücel ist frei, die Bundesrepublik ist es deshalb von ihren Verpflichtungen jedoch noch lange nicht. Es muss die Aufgabe von Deutschland, aber auch die anderer Staaten sein, sich nicht von kleinen, taktischen Zugeständnissen der Türkei blenden zu lassen, sondern den Finger weiterhin permanent in die Wunde zu legen. Ansonsten bleibt die Realität für die türkischen Journalisten so trist, wie der Gefängnishof im Hintergrund des Fotos von Yücel.

Randglossen

2019 ist in Argentinien ein Wahljahr, angefangen mit den sogenannten Vorwahlen der Kandidaten, genannt im Kürzel PASO (Spanisch „Primarias Abiertas, Simultáneas y Obligatorias“), im August und den echten Kandidatenwahlen im November. Bisher hat sich Präsident Mauricio Macri nicht geäußert, ob er sich, wie erwartet, für eine Wiederwahl stellen wird. Argentinische Präsidenten müssen nach zwei Amtsperioden in Folge eine nachfolgende abwarten, ehe sie sich wieder als Kandidaten stellen. Das betrifft gegenwärtig Expräsidentin Cristina Fernández de Kirchner, derzeit nationale Senatorin für die Minderheit der Provinz Buenos Aires. Insofern ist es durchaus möglich, dass 2019 Macri und Cristina die beiden Hauptkandidaten sein können. Cristina hat diese Möglichkeit demontiert, kann sich aber trotzdem als Kandidatin stellen, je nachdem, wie sie ihre Kandidatur bewertet und wie die Korruptionsprozesse gegen sie in der Justiz verlaufen.

Natürlich können das andere nicht verstehen. Die US-Amerikaner haben ein besonderes Verhältnis zu Waffen. Sie mussten sich die Prärie untertan machen, Indianer, Engländer und Spanier bekämpfen. Und natürlich Bisons - aus welchen Gründen auch immer. Schießprügel sind vor allem für viele männliche Einwohner

der USA eine Art zusätzliches Körperteil. Man muss Verständnis dafür haben, dass sie kollektiv aufschreien, wenn es jemand amputieren will. Es scheint allerdings ein evolutionäres Problem zu sein, denn bei den männlichen Bewohnern anderer Staaten mit ähnlicher Geschichte wie Kanada, Australien oder Argentinien gibt es dieses zusätzliche Körperteil nicht. Es hat sich zurückgebildet.

Überrauschend ist das nicht, die Bild-Zeitung war schon für „Fake news“ bekannt, als man das neudeutsche Wort noch gar nicht kannte. Dass sie jetzt auf einen von der Satirezeitschrift „Titanic“ fingierten Mail-Austausch zwischen dem Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert und einem russischen Hacker hereingefallen ist, kann man ihr dennoch nicht unterstellen. Ganz am Ende des Artikels äußern die Bild-Autoren Zweifel an der Echtheit der E-Mails. Warum das dubiose Material trotzdem eine Titelstory wert war, lässt sich einfach erklären: „Neue Schmutzkampagne bei der SPD“, lautet die Schlagzeile. Überraschend ist das nicht, Schmutzkampagnen gehören seit Jahrzehnten zum Repertoire der Zeitung. Handelt es sich dabei um die SPD passt das zum und zur Bild.

Staatsfinanzen im Januar: primärer Überschuss und hohes finanzielles Defizit

Der Ausweis des Schatzamtes für Januar 2018 weist einen primären Überschuss (ohne Zinsen auf die Staatsschuld) von \$ 3,93 Mrd. aus, 10% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Doch dabei ergab sich wegen der Zinsen schließlich ein echtes (als finanziell bezeichnetes) Defizit von \$ 25,89 Mrd., 366% gegenüber dem Vorjahr. Die Zinslast ist von einem Jahr zum anderen um 226% auf \$ 29,82 Mrd. gestiegen.

Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt (Zahlen in Milliarden Pesos):

	Jan 2017	Jan 2018	Veränderung
Einnahmen			
insgesamt.....	170,25.....	203,13.....	+19%
Steuereinnahmen			
insgesamt.....	160,38.....	187,50.....	+17%
Weisswaschung.....	11,20.....	0.....	+100%
Normale			
Steuereinnahmen.....	149,17.....	187,50.....	+26%
Andere Einnahmen.....	8,88.....	15,62.....	+28%
Primäre Ausgaben...	166,67.....	199,20.....	+19,5%
Sozialausgaben.....	90,63.....	117,25.....	+29%
Weitere Ausgaben.....	59,09.....	71,80.....	+22%
Kapitalausgaben.....	16,95.....	10,15.....	-40%
Primäres Ergebnis.....	3,59.....	3,93.....	+10%
Zinsen.....	9,14.....	29,82.....	+226%
Finanzielles			
Ergebnis.....	-5,55.....	-25,89.....	+366%

Wenn man obige Zahlen im Einzelnen untersucht, ergibt sich eine Zunahme von nur 2% bei den Subventionen für öffentliche Dienste und Staatsunternehmen (auf \$ 9,15 Mrd.) und auf der anderen Seite eine Zunahme der Überweisungen an Provinzen u.a. von 40% (auf \$ 7 Mrd.). Doch gleichzeitig sind die Kapitalausgaben, die vornehmlich die Staatsinvestitionen umfassen (Infrastruktur u.a.) um 40% auf \$ 10,15 Mrd. zurückgegangen. Die Regierung hat gemerkt, dass sie zu viel investierte, und deshalb hat sie an der Bremse gezogen. Dabei sind die Aufwendungen

für soziale Wohnungen um 91% zurückgegangen, die für Wasserversorgung und -entsorgung um 61% und die für Transport um 19%. Die Regierung beabsichtigt, die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen weitgehend auf das Programm der öffentlich-privaten Zusammenarbeit (PPP, participación público-privada) zu verlagern. Dabei verschuldet sich nicht der Staat, sondern die Privatunternehmen, die die Investition durchführen und finanzieren.

Die Steuereinnahmen sind insgesamt unter der Inflation gestiegen, aber nur weil im Vorjahr die Weißwaschung zu hohen zusätzlichen Einnahmen beitrug. Ohne dies stiegen die Steuereinnahmen im Einklang mit der Inflation. Das Schatzministerium rechnet für ganz 2018 mit einem Einnahmeverlust wegen der Steuerreformen von 0,3% des BIP. Der obige Ausweis bucht auch im Januar 2018 einen Betrag von \$ 15,62 Mrd. als echte laufende Einnahme des Schatzamtes. Doch hier handelt es sich um den Abzug des ZB-Gewinnes, der ein reiner Buchgewinn ist (der bei der Aufwertung der ZB-Reserven in Pesos wegen der Abwertung entsteht), und auch auf den Gewinn des Sonderfonds der ANSeS, der jedoch den Rentnern und nicht dem Schatzamt gehört. In Wirklichkeit ist somit das primäre Ergebnis geringer.

Schatzminister Nicolás Dujovne wies darauf hin, dass für das erste Quartal 2018 ein primäres Defizit von 0,9% des BIP vorgesehen sei, für das zweite eines von 1,6%, für das dritte eines von 2,2% und für das vierte eines von 3,2%. Er meinte, das Ergebnis werde schließlich besser ausfallen. Es ist anzunehmen, dass die Sparpolitik, die Präsident Macri seinem Stab empfohlen hat, sich konkret im Laufe des Jahres auswirkt, und dass die Steuereintreibung Fortschritte verzeichnet, ganz besonders bei der Erfassung des schwarzen Rinder- und Rindfleischhandels, bei der jetzt ein völlig neues System angewendet wird. Doch das Grundproblem ist die Zinslast, die weiter steigt und auf Dauer unhaltbar ist.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 20,22, gegen \$ 20,24 eine Woche zuvor. Die ZB-Reserven lagen bei u\$s 62,27 Mrd, gegen u\$s 62,62 Mrd. in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.1.19 bei u\$s 23,70, was einen Jahreszinssatz von 20,24% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires stieg in einer Woche zum Mittwoch um 4,73%, und im Laufe dieses Jahres um 9,90%.

Die argentinischen Staatsbonds haben sich in einer Woche zum Mittwoch von der vorangehenden Baisse leicht erholt. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: +0,15%; Argentina 2021: +0,47%; Argentina 2026: +2,53%; Argentina 2046: +3,34%; Bonar 2024: +1,23%.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu \$ 494,38 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 494,64), und bei 24 Karat zu \$ 789,37 (\$ 786,63).

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB), stieg in 12 Monaten zum 16.2.18 um 18,79%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg um 28,34%.

Die gesamten Pesodepositen der lokalen Banken stiegen in 12 Monaten zum 16.2.18 um 29% auf \$ 2,13 Bio. und die gesamten Pesokredite nahmen in dieser Periode um 43,70% auf \$ 1,44 Bio. zu. Die Dollardepositen stiegen um 0,52% auf u\$s 31,71 Mrd. und die Dollarkredite um 50,60% auf u\$s 15,89 Mrd.

Im Januar 2018 erreichten die Importe u\$s 5,73 Mrd.,

(+32,1% gegenüber dem Vorjahr) und die Exporte u\$s 4,75 Mrd. (+10,7% gegenüber dem Vorjahr), sodass die Handelsbilanz ein Defizit von u\$s 986 Mio. auswies (das sich mit einem Überschuss von u\$s 51 Mio. im Vorjahr vergleicht), berichtet das Schatzministerium. Bei den Exporten verzeichnen primäre Produkte (Landwirtschaft und Bergbau) eine Zunahme von 12,4%, Industrieprodukte auf der Grundlage landwirtschaftlicher Rohstoffe nahmen um 8,8% ab, Brennstoffe und Energie stiegen um 63,2%, und reine Industrieprodukte stiegen um 29,6%. Bei den Importen nahmen Kapitalgüter um 29% zu, Güter für die Weiterverarbeitung um 32,6%, Brennstoffe um 85,7%, Zubehörteile für Maschinen um 16,6%, Konsumgüter um 28,8% und Automobile und Omnibusse um 48,5%.

Das Notstandsdekret 27/18, von 170 Artikeln, wurde in drei Gesetzesprojekte aufgeteilt, die im Kongress eingebracht wurden. Angeblich sind die umstrittenen Artikel in einem der Gesetze enthalten, das eventuell vom Parlament nicht genehmigt wird. Das erste Gesetzesprojekt bezieht sich auf die Vereinfachung und Abschaffung der Bürokratie bei der Entwicklung der Infrastruktur, das zweite auf die allgemeine Vereinfachung der Amtsverfahren, und das dritte auf die Vereinfachung der Verfahren für die produktive Entwicklung. Angeblich soll dank dieser Gesetze nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt werden, sondern auch beim Staat eine Ersparnis von ca. einem Prozentpunkt des Defizits erreicht werden.

Das Finanzministerium hat am Mittwoch Schatzscheine in Dollar für u\$s 700 Mio. auf dem lokalen Finanzmarkt untergebracht. u\$s 400 Mio. laufen auf 126 Tage und werden zu 2,85% verzinst, und u\$s 300 Mio. laufen auf 203 Tage und werden zu 3,10% verzinst. Die Offerten betragen u\$s 866 Mio.

Die Erdölraffinerie der Firma Oil Combustibles (vom Indalo-Konzern von Cristóbal López) in San Lorenzo, Provinz Santa Fé, musste ihre Tätigkeit aufgeben, weil sie wegen ihrer finanziellen Schwierigkeiten kein Rohöl beziehen konnte. Die Leitung des Konzerns hofft, das Problem in drei Monaten überwinden zu können. Das ist jedoch keineswegs sicher.

Der Index der Industrieproduktion des Wirtschaftsforschungsinstitutes FIEL (Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas) ergibt für Januar 2018 einen interanuellen Rückgang von 0,6%, der bei Saisonbereinigung der Zahlen auf 1,1% zunimmt. Seit Juli 2017 wächst die Industrie wenig (mit Abnahmen bei der Textilindustrie u.a. Branchen), abgesehen von den Bereichen, die von der Bauwirtschaft abhängen und der Kfz-Industrie..

Der Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen erreichte 2017 einen Rekord von u\$ 2,2 Mrd., 22% über 2016, gab das technologische Institut der Landwirtschaft INTA bekannt. Die Importe dieser Maschinen übertrafen die Exporte um u\$ 950 Mio., bei Importen von u\$ 1,05 Mrd. und Exporten von nur u\$ 100 Mio.

Pensionen, Hinterbliebenenrenten, Kindergelder u.a. soziale Leistungen der ANSeS werden ab 1. März um 5,71% erhöht. Mit der früheren Berichtigungsformel wären es 14,5% gewesen. Die Zunahme ergibt sich aus 70% der Entwicklung des Indices der Konsumentenpreise des INDEC bis Ende 2017, und 30% der Zunahme des Lohnindices RIPTE (den das Arbeitsministerium berechnet) bis zum 3. Quartal 2017. Die Mindestpension steigt dabei von \$ 7.246 auf \$ 7.660,42. Das Kindergeld steigt von \$ 1.412 auf \$ 1.493. Von den 17,5 Mio. Personen, die von der Zunahme betroffen werden, entfallen 7 Mio. auf Pensionen und Hinterbliebenenrenten, 1,5 Mio. auf Gnadenrenten (die 70% der Mindestpension betragen) und 9 Mio. auf Kindergelder, wobei davon 5 Mio. auf Kinder von legal eingetragenen Arbeitnehmern entfallen. Pensionäre und

Hinterbliebenenrentner, die im März bis zu \$ 10.000 monatlich beziehen, erhalten außerdem, und nur dieses Mal, eine Zusatzzahlung, genannt "Kompensationsbond". Der Betrag wurde noch nicht bekanntgegeben.

Die Gasverteilungsunternehmen von Córdoba, Santa Fé, Mendoza u.a. Provinzen fordern eine Tarifierhöhung von 58%, also mehr als die 43%, die für die Stadt und Provinz Buenos Aires vorgeschlagen wurden. Das Argument besteht darin, dass die Tarife in jenen Provinzen zurückgeblieben sind und schließlich ein einheitlicher Tarif für das ganze Land angestrebt wird. Indessen spielen hier auch die Subventionen eine Rolle.

Handelsrichter Javier Cosentino, der für das Konkursverfahren von Oil Combustibles (von Cristóbal López) verantwortlich ist, hat die Intervention der Gesellschaft verfügt, nachdem die Verwalter hohe Beträge abgehoben und die Passiven nach Beginn des Konkursverfahrens um \$ 1,18 Mrd. erhöht haben. Die Firma hat seinerzeit die Brennstoffsteuer, die sie für Rechnung der AFIP kassiert und kurzfristig an diese abführen muss, in Höhe von \$ 8 Mrd. einbehalten (was damals ca. u\$ 1 Mrd. entsprach). Bei diesem Betrag kann die AFIP keine Zahlung in Raten gewähren, weil das Geld nicht Oil gehört. Doch Oil und auch der ganze Indalo-Konzern, zu dem auch diese Firma gehört, kann den Betrag (der mit Zinsen und Bußen auf ca. \$ 15 Mrd. steigt) nicht aufbringen, nachdem alle Unternehmen der Holding zusammen bestenfalls \$ 3,5 Mrd. wert sind, wie es in einem Expertengutachten festgestellt wurde.

Im Jahr 2017 haben 4,5 Mio. Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, das Land auf dem Luftweg verlassen (+17,7% gegenüber 2016), während 2,6 Mio. Personen, die im Ausland wohnhaft sind, per Flugzeug nach Argentinien gekommen sind (+7,4%), ergibt der INDEC-Bericht über internationalen Tourismus. 90% des Luftverkehrs entfällt auf die Flughäfen Ezeiza und Aeroparque.

Am Donnerstag der Vorwoche sind 20 Lokomotiven aus China im Hafen von Buenos Aires eingetroffen, die für die Belgrano-Frachteisbahn (Buenos Aires bis Jujuy) bestimmt sind. Diese Lokomotiven kommen zu den 58 hinzu, die schon geliefert wurden. Es fehlen noch 29 Lokomotiven, die für die Eisenbahn San Martín (Buenos Aires bis Mendoza) bestimmt sind. Das gesamte Programm sieht den Kauf von 107 Lokomotiven und 3.500 Waggons vor. Außerdem werden die Schienen überall erneuert. In diesem und dem nächsten Jahr dürfte es somit schon einen Sprung bei der Leistungsfähigkeit der Frachteisbahnen geben, besonders bei der Belgrano-Bahn. Die Transportkosten sind bei der Eisenbahn bei langen Strecken viel niedriger als beim Lastwagen, sodass die Wirtschaft des Landesinneren stark von diesem Ausbau und der Erneuerung der Eisenbahn profitiert.

Die Kredite der Banken an den Privatsektor erreichten Ende 2017 14,7% des Bruttoinlandsproduktes, 2,2 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr, berichtet die ZB. Die Kreditsumme stieg 2017 zu konstanten Werten um 22%. Dennoch liegt der Prozentsatz der Kredite bezogen auf das BIP weit unter denen, die in anderen Ländern bestehen. Normal wäre in Argentinien mindestens 50% des BIP.

Die Regierung der Stadt Buenos Aires hat in der Vorwoche einen Bond für \$ 6,2 Mrd. auf 10 Jahre zu Badlar-Satz plus 3,75% untergebracht. Ein Teil des eingenommenen Betrages wurde für den vorzeitigen Rückkauf von fünf Bonds in Dollar für insgesamt u\$ 71 Mio. eingesetzt. Die Dollarbonds konnten unter Pari gekauft werden. Stadtchef Horacio Rodriguez Larreta kommt jetzt seinem Ziel nahe, dass die Stadtschuld von insgesamt u\$ 3,2 Mrd. je zur Hälfte in Pesos und Dollar besteht.

Eine erste Schätzung des Schatzministeriums ergibt für Januar 2018 eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 3,5%, gegenüber der gleichen Vorjahres-

periode. Minister Nicolás Dujovne erklärte, mit dem 1. Quartal 2018 befinde sich die Wirtschaft im sechsten Wachstumsquartal, wobei er vorwegnahm, dass das BIP dieses Jahr um die 3% zunehmen werde, wobei die Bedingungen gegeben seien, damit die Wirtschaft über viele Jahre hinweg wächst. Im ganzen Jahr 2017 lag das BIP um 2,8% über dem Vorjahr, was u.a. bedeutet, dass kein Wachstumscoupon gezahlt wird, wie es bei über 3% der Fall gewesen wäre. Der Staat spart dabei u\$ 2,5 Mrd.

Die Handelsbilanz von Zubehör- und Ersatzteilen der Fahrzeugindustrie schloss im Jahr 2017 mit einem Defizit von u\$ 6,71 Mrd., teilt der Verband dieser Branche (AFAC) mit. Die Exporte lagen 2017 mit u\$ 1,64 Mrd. um 8,6% über dem Vorjahr, und die Importe stiegen um 14% auf u\$ 8,35 Mrd. Die Importe stiegen stärker als die Fabrikation von Kraftfahrzeugen, die nur um 1% zunahm. Das Defizit war besonders hoch im bilateralen Handel mit Brasilien: die Exporte betragen u\$ 1 Mrd. (+13,9%) und die Importe u\$ 2,67 Mrd. (+19,8%). Das zweithöchste Defizit bestand mit der Europäischen Union, mit u\$ 1,64 Mrd.

Im 120. Jahr seit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Argentinien und Japan traf diese Woche eine japanische Handelsmission in Argentinien ein, die sich an Investitionen, besonders im Bergbau, interessiert zeigt. Unter den 20 japanischen Unternehmen, die vertreten sind, befinden sich Chiyoda Corp., Mitsui Co., JX Nippon Oil & Gas Exploration, Nippon Koei Co. und Mitsubishi Materials. Die Delegation teilt sich jetzt in Gruppen auf, die Salta, Catamarca und Neuquén besuchen werden. Die Unternehmen sind besonders an der Ausbeutung von Lithium und Kupfererz interessiert.

Ab 1. Mai erhöht das Staatsunternehmen AYSA, das Groß-Buenos Aires mit fließendem Wasser versorgt und sich auch mit der Entsorgung befasst, die Tarife um durchschnittlich 26%. Gleichzeitig werden die Subventionen abgeschafft, die 30% der Kunden (1 Mio. auf

insgesamt 3,3 Mio.) begünstigen. Dennoch soll in Extremfällen ein Sozialtarif gelten. Der Wasserdienst soll nach der Erhöhung durchschnittlich \$ 416 monatlich betragen, bei einem Mindesttarif von \$ 260. Für den 15. März ist eine öffentliche Audienz vorgesehen.

Die Regierung der Stadt Buenos Aires hat die Ausschreibung für eine neue Konzession zur Betreibung des U-Bahnnetzes für 12 Jahre eingeleitet. Während der letzten 25 Jahre hatte die Firma Metrovías, vom Roggio-Konzern, die Konzession für die Betreibung. Zunächst hingen die U-Bahnen vom Bundesstaat ab; doch unter Mauricio Macri als Chef der Stadtregierung, gingen sie auf die Stadt über. Metrovías hat einen guten Dienst geleistet und wird sich auch jetzt wieder melden. Insgesamt sind 7 Unternehmen an dieser Konzession interessiert. Beiläufig dürften auch die Konzessionsbedingungen genauer umschrieben werden, was sich auf Tarife, Subventionen, Investitionen u.a. Themen bezieht. Im Prinzip entfallen die Investitionen für die Erweiterung des Dienstes auf die Stadtverwaltung. Aber bei der Instandhaltung muss der Fall geklärt werden. Der Tarif deckt gegenwärtig etwa die Hälfte der Kosten, so dass dieses Thema auch genau bestimmt werden muss.

Im Januar 2018 erreichte der Betrag der über die Börse gehandelten vordatierten Schecks \$ 1,59 Mrd., 85% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und 10,3% mehr als im Dezember 2017, berichtet die Firma First Corporate Finance Advisors. Der Zinssatz sank durchschnittlich um 8,1% und lag bei 25,82%. Da hier nur eine Gebühr von der Börse erhoben wird und sonst keine Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen besteht, erhält der Sparer einen höheren Zinssatz als bei Bankdepositen, und der Kreditnehmer zahlt weniger als bei einer Bank. Diese Finanzierung wird vornehmlich von kleinen und mittleren Unternehmen verwendet, die vordatierte Schecks ihrer Kunden diskontieren.

Bei der Ausschreibung von Lebac-Wechseln vom Dienstag erhielt die ZB Offerten für \$ 417,46 Mrd., von denen \$ 411,01 Mrd. angenommen wurden. Gleichzeitig verfielen bestehende Lebac für \$ 492,88 Mrd., sodass der Bestand um \$ 81,87 Mrd. abnahm. Vom Gesamtbetrag entfielen \$ 285,69 Mrd. auf Lebac auf 28 Tage, die zu 26,75% verzinst wurden. \$ 46,48 Mrd. wurden auf 56

Tage zu 26,50% untergebracht, \$ 63,79 Mrd. auf 84 Tage zu 26,30%, \$ 7,88 Mrd., auf 147 Tage zu 25,50%, \$ 2,41 Mrd. auf 210 Tage zu 25,25% und \$ 4,74 Mrd. auf 273 Tage zu 25%.

Der Umsatz der Supermärkte erreichte im Dezember 2017 \$ 38,88 Mrd., 20% über dem Vorjahr, berichtet das INDEC. Bei einer Inflation von 24,8% in 12 Monaten bedeutet dies eine reale Abnahme von 4,4%, die sowohl auf geringere Mengen, wie auf den Übergang auf billigere Marken oder Produkte zurückzuführen ist. Im ganzen Jahr 2017 lag der Umsatz bei \$ 349,55 Mrd, 20,5% über dem Vorjahr.

Der Umsatz der Shopping-Center lag im Dezember 2017 mit \$ 8,55 Mrd. um 20,2% unter dem dem Vorjahr, berichtet das INDEC. In diesem Fall hat sich auch die Tatsache ausgewirkt, dass viele importierte Produkte verkauft werden, wobei die Abwertung unter der internen Preiszunahme lag. Im ganzen Jahr 2017 betrug der Umsatz \$ 61,27 Mrd., 16,2% über dem Vorjahr.

Die Rohstahlproduktion lag im Januar 2018 bei 343.800 Tonnen, 18% mehr als im Vorjahr, und 9,7% unter Dezember 2017, berichtet die Kammer der Stahlindustrie. Warmgewalzte Stahlprodukte (Rundeisen, Bleche, Stahlbänder) lagen mit 379.600 Tonnen um 23,6% über dem Vorjahr und 8,8% unter Dezember 2017.

Das Enacom Amt, das Telefonie und Post kontrolliert, hat der Firma OCA eine Frist von 5 Arbeitstagen gegeben, um ihre Schulden an Steuern und Sozialabgaben zu tilgen. Geschieht dies nicht, wird der Firma die Genehmigung entzogen, den Postdienst zu betreiben. Es geht hier vornehmlich um die einbehaltenen Arbeitnehmerbeiträge zum Pensionssystem, die nicht dem Unternehmen gehören und zusammen mit dem Löhnen gezahlt werden müssen. OCA gehört formell einem gewissen Patricio Farcuh, der als Strohmann von Hugo Moyano angesehen wird, der somit der wirkliche Inhaber des Unternehmens sein dürfte. OCA beschäftigt ca. 7.000 Arbeitnehmer, die fast alle der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer angeschlossen sind, und schuldet der AFIP insgesamt \$ 3,4 Mrd., von denen \$ 2,5 Mrd. beim Konkursverfahren gemeldet wurden.

Lateinamerika

In Brasilien ist das BIP 2017 um 1,04% gewachsen, berichtet die ZB. Somit wurde die starke Rezession der vorangehenden zwei Jahre, mit einem BIP-Rückgang von insgesamt 15% überwunden. Im 4. Quartal 2017 betrug die interannuelle Zunahme 2,56%, was eine steigende Tendenz innerhalb des Jahres zum Ausdruck bringt.

Beim Obersten Bundesgerichtshof von Brasilien sind 18 Klagen wegen Verfassungswidrigkeit der Reform der Arbeitsgesetzgebung eingegangen, die im November letzten Jahres in Kraft getreten ist. Die Gewerkschaften fordern als erstes, dass der Beitrag der Arbeitnehmer weiterhin obligatorisch bleibt. Dann werden Bestimmungen über nicht kontinuierliche Arbeit und die Begrenzung der Entschädigung wegen moralischen Schaden beanstandet. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der Oberste Gerichtshof den Klagen stattgibt, weil die Reform schließlich vom Kongress angenommen wurde und Teil einer Politik zur Überwindung der Wirtschaftskrise war.

Die diesjährige brasilianische Ernte von Sojabohnen, die sich in Gang befindet, wird auf 115,64 Mio. Tonnen veranschlagt, was einen Rekord darstellt.

Venezuela führt seine eigene Kryptowährung Petro ein. Am Dienstag begann der Vorverkauf. „Der Petro wurde geboren. Heute ist ein historischer Tag. Venezuela ist der erste Staat, die erste Nation, die eine durch ihre Bodenschätze gestützte Kryptowährung auf den Markt bringt“, sagte Vizepräsident Tareck El Aissami. Die venezolanische Regierung will sich mit dem Petro wieder Zugang zu den internationalen Finanzmärkten verschaffen. Die Währung soll mit den riesigen Erdölreserven des Landes abgesichert werden. Zu Beginn werden 5 Mrd. Barrel Öl (je 159 Liter) als Sicherheit für den Petro ausgewiesen. Insgesamt verfügt Venezuela über Reserven von 267 Mrd. Barrel. (dpa)

Geschäftsnachrichten

Telecom Argentina

Der Präsident dieses lokalen Telefonunternehmens, Carlos Moltini, hat Präsident Mauricio Macri persönlich bestätigt, dass die Firma ein Investitionsprogramm für u\$ 5 Mrd. in den Jahren 2018 bis 2020 in Gang gesetzt habe, davon u\$ 1,3 Mrd. in diesem Jahr, um den Dienst im Land zu erweitern und zu modernisieren. Die Radio-stationen für Telefonie und Internet werden um 20% erweitert, und außerdem werden NGN-Netze (Next Generation Networks) eingerichtet.

Jacto

Diese brasilianische Firma, die Maschinen und Anlagen für die Landwirtschaft erzeugt und schon 70 Jahre in Argentinien tätig ist, hat in der Vorwoche eine Fabrik von 3.600 in Arrecifes, Provinz Buenos Aires, in Betrieb genommen, in die sie u\$ 7 Mio. investiert hat. Dort werden Sprühmaschinen für den Ackerbau und Turbinen für die Obstwirtschaft hergestellt.

Corporación America Airports

Dieser Konzern, kontrolliert von Eduardo Eurnekian, der in Argentinien die Flughäfen über Aeropuertos Argentina 2000 betreibt, hat in der Vorwoche seine Beteiligung an Toscana Aeroporti S.p.A., die die Flughäfen von Pisa und

Florenz betreibt, um 4,568 Prozentpunkte auf 55,70% erweitert, womit es über die Mehrheit verfügt. Die 850.235 Aktien wurden von Fondazione Pisa zu E 15,80 pro Aktie gekauft, was insgesamt E 13,43 Mio. darstellt. Corporación América Airports S.A. betreibt 53 Flughäfen in 7 Ländern in Südamerika und Europa.

Sixt Argentina

Dieses deutsche Unternehmen, das sich mit der Vermietung von Automobilen befasst, hat in Ushuaia, Provinz Tierra del Fuego, ein Büro eingerichtet, das ab 1. März 2018 auf der Strasse 9 de Julio 388 dieser Stadt die Kunden bedienen wird. Bis dahin besteht der Kundendienst "Meet & Greet", der sich im Flughafen Malvinas Argentinas befindet.

Ushuaia empfing 2017 14% mehr Touristen als im Vorjahr. Es waren 1.543 pro Tag. Im Winter wird den Touristen außer der Schneelandschaft die Möglichkeit des Skifahrens geboten. Im Sommer kann u.a. die Lagune Esmeralda besucht werden, oder es kann eine Fahrt auf dem Beagle-Kanal unternommen werden, oder es kann auch Trekking auf der "Laguna de los Témpanos" unternommen werden.

Die Ungewissheit über die Zukunft als Störungsfaktor

Von Juan E. Alemann

Die Zusammenkunft des Präsidenten mit seinen Ministern, dem Kabinettschef u.a. führenden Beamten in Chapadmalal vom Freitag und Samstag letzter Woche ist vorüber und die Öffentlichkeit erhielt kaum Information über die Themen, die dabei behandelt wurden, und noch weniger, über Entscheidungen, die getroffen wurden. Dass ein so bedeutendes Treffen spurlos zu Ende gegangen ist, ist erstaunlich. Es gab keine offizielle Mitteilung und auch keine informelle Information. Gar nichts. Bei der Pressekonferenz vom Freitag stellten die Journalisten Fragen, die nichts mit dieser Zusammenkunft und den wichtigen Problemen zu tun haben, die gegenwärtig auf wirtschaftlichem Gebiet bestehen. Es ist wirklich erstaunlich, dass sich die Journalisten diese Gelegenheit entgehen ließen, um zu erfahren, was Macri jetzt auf wirtschaftspolitischem Gebiet vorhat und wie es jetzt weitergeht. Der Fall Chocobar und die Vermögensprobleme zweitrangiger Mitarbeiter, über die sie Macri angesprochen haben, sind im Wesen unbedeutend.

Die Wirtschaftswelt macht sich Sorgen über die Zukunft, umso mehr, als in 20 Monaten Wahlen stattfinden, deren Ausgang ungewiss ist. Eine Sache ist es, wenn Mauricio Macri sich als Kandidat für ein zweites Mandat aufstellt und die Wahlen gewinnt, so dass er eine Wirtschaftspolitik weiterführen kann, die prinzipiell langfristig gedacht ist. Aber etwas grundsätzlich anderes ist es, wenn irgendein Peronist gewinnt, wobei man nicht einmal weiß, wer es sein könnte und welche Rolle Cristina Kirchner dabei spielt.

Aber auf alle Fälle wird dabei eine Rückkehr zum Populismus befürchtet, der in einer Katastrophe wie in Venezuela mündet. Denn hier handelt es sich, genau wie

in Argentinien, um ein Land, das reichlich mit natürlichen Ressourcen ausgestattet ist. Venezuela gehört mit Saudi Arabien zu den Ländern mit den höchsten Erdölreserven der Welt, wobei die Lager nicht tief liegen und somit zu niedrigen Kosten ausgebeutet werden, wobei dann noch hinzukommt, dass das Erdöl in die naheliegenden Vereinigten Staaten zu geringen Frachtkosten exportiert wird. Außerdem verfügt Venezuela über große Eisenerzlager, allerlei Industrieunternehmen und beste Voraussetzungen für eine subtropische Landwirtschaft, die den Nahrungsmittelbedarf zum größten Teil deckt. Hinzu kommt noch ein ausgedehnter ausgebildeter Mittelstand, der die Grundlage für eine moderne Wirtschaft bildet. Die Megakrise in Venezuela lässt sich nicht durch objektive Umstände erklären, sondern nur durch eine falsche Ideologie, ein irrationales Vorgehen und viel Korruption. Dieser Weg wurde auch von den Kirchners in Argentinien eingeschlagen, wobei Argentinien damals mit Venezuela, Bolivien und Ecuador, in gewissem Ausmaß auch mit Kuba, einen politischen Block bildete. Das bittere Ende, wie in Venezuela, wurde nur verhindert, weil Macri die Wahlen von 2015 in zweiter Wahlrunde und mit einem minimalen Vorsprung gewann. Wir sind wirklich knapp davongekommen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Regierung wie die der Kirchners wiederkommt, nachdem ein großer Teil der Bevölkerung immer noch Wunder für möglich hält, den Macri-Rationalismus nicht versteht und ihn als eine Politik für die Reichen und zum Schaden der Armen interpretiert, was einmal nicht stimmt und dann eine notorische Dummheit darstellt. Solange der Peronismus

nicht ein vernünftiges Programm aufstellt und sich nicht von Venezuela distanziert, trägt er zur Ungewissheit über die Zukunft bei, die sich sehr negativ auf die Gegenwart auswirkt.

Wurden die Kernprobleme, um die es geht, nämlich das hohe Defizit der Staatsfinanzen und der Leistungsbilanz, überhaupt bei der Konferenz der Vorwoche aufgestellt und besprochen? Wurde die Notwendigkeit der Verkleinerung der Staatsquote behandelt, und wurden konkrete Entscheidungen in diesem Sinn erwogen? Wurde die Arbeits- und Lohnpolitik behandelt? Oder handelte es sich nur um Wunschenken, um gute Absichten und Zielsetzungen, die keine konkrete Grundlage haben? Hat Macri keine konkreten Maßnahmen angekündigt, weil er sich nicht traut, an die Grundprobleme heranzugehen, oder weil er einfach handeln will und dies nicht durch eine vorangehende politische Diskussion erschweren will? Alles offene Fragen.

Auf alle Fälle muss sich Macri bewusst sein, dass er an erster Stelle das wirtschaftliche Establishment, also die Entscheidungsträger bezüglich Investitionen und Erneuerungen, überzeugen muss, dass er ein konkretes Programm hat, das er weiterführen wird und in diesem Sinn unmittelbar Entscheidungen trifft, die keinen Zweifel übrig lassen, in welche Richtung die Wirtschaft geht.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass es objektive Schwierigkeiten gibt. Die Dürre in weiten Gegenden des Landes, die Überschwemmungen im Norden und der Großbrand in La Pampa (der um die 800.000 ha umfasst), haben der Landwirtschaft (und auch anderen Bereichen) schweren Schaden zugefügt. Es wird jetzt für die Periode 2017/18 mit einer Gesamternte von bestenfalls 120 Mio. Tonnen gerechnet, nachdem bis vor kurzem noch mit über 130 Mio. gerechnet wurde, eventuell sogar mehr als der Rekord von 137 Mio. Tonnen des Vorjahres. Ebenfalls sind über eine Million Rinder umgekommen oder stark beschädigt worden und allgemein konnten die Rinder in vielen Gegenden nicht ausreichend gefüttert werden. Der Schaden wird insgesamt in der Landwirtschaft auf eine Größenordnung von u\$ 5 Mrd. veranschlagt, könnte jedoch schließlich noch viel höher ausfallen. Ebenfalls

konnten die großen Probleme, die in einzelnen Regionen des Landes bestehen, nur zum geringsten Teil überwunden werden. Und die Industrie weist in vielen Branchen (an erster Stelle bei der Textilindustrie) ebenfalls eine äußerst kritische Lage auf.

Man hätte von Macri erwartet, dass er nach Abschluss der Zusammenkunft mit seinem Stab eine programmatische Rede hält, mit Strategien für die einzelnen Problembereiche und dem Hinweis auf die vielen positiven Aspekte, die effektiv bestehen. An erster Stelle, dem Ausbau und der Modernisierung der Eisenbahnen, dem Bau von Autobahnen und Straßen und der damit verbundenen Verbesserung und Verbilligung des Warentransports, der in unmittelbarer Zukunft eintreten wird. Dann hätte er die phänomenale Wirkung der technologischen Revolution hervorheben müssen, die in Argentinien zunehmend aufgenommen und überall eingesetzt wird. Ebenfalls hätte er die gute Konjunktur der Bauwirtschaft und der damit zusammenhängenden Industrien hervorheben müssen. Und schließlich hätte man auch von ihm ein grundsätzliches Konzept über die Arbeits- und Lohnpolitik erwartet. Dass Lohnerhöhungen im Einklang mit dem Inflationsziel von 15%, und mit Reformen, die eine höhere Produktivität und auch Vollbeschäftigung möglich machen, stehen müssen, hätte er ausdrücklich erklären müssen.

Eine gut fundierte Zukunftsvision, die durch konkrete Maßnahmen bestätigt wird, und der Hinweis auf die Tatsache, dass es keine echte Alternative gibt, hätte bestimmt Einfluss auf die Entscheidungsträger und die Gesellschaft allgemein. Dabei müsste auch gesagt werden, dass der Populismus eine Phantasie ist, die in den Abgrund führt, und somit nicht ernsthaft als Alternative betrachtet werden kann. Es geht jetzt einmal darum, dass die Wirtschaft dieses Jahr effektiv um ca. 3% wächst, wie es die Regierung vorwegnimmt, und dann auf die Aussicht, dass dieses Wachstum 2019 und danach im gleichen Tempo weitergeht. Und das muss eben glaubhaft gemacht werden, damit Unternehmer u.a. in diesem Sinn handeln und dabei mit zur Erfüllung des Zieles beitragen.

Konfliktive Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU-Mercosur

Von Juan E. Alemann

Seit vielen Jahren befinden sich Verhandlungen des Mercosur mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen in Gang, die jedoch nur zaghafte Fortschritte zeigen. Was den Warenhandel betrifft, so ist die EU nicht bereit, uneingeschränkte Importe von Rindfleisch, Getreide und Ölsaaten zuzulassen. Und der Mercosur ist ebenfalls nicht bereit, den zollfreien Import von Industrieprodukten zuzulassen. Es muss in beiden Fällen Kontingente geben, was jedoch in den Bestimmungen der Welthandelsorganisation widerspricht, die somit auch geändert werden müssten. Was Importe des Mercosur aus der EU betrifft, sei bemerkt, dass der Import von Kapitalgütern in Argentinien allgemein zollfrei ist, in Brasilien jedoch nicht, weil Argentinien diese Güter nur ausnahmsweise erzeugt, Brasilien hingegen in hohem Umfang. In Brasilien besteht gegenwärtig eine interne Diskussion zwischen den Fabrikanten von Maschinen und Anlagen und den Industriebetrieben, die sie verwenden, die technologisch fortgeschrittenere Maschinen benötigen, die die lokale Industrie nicht erzeugt.

Doch abgesehen vom Warenhandel bestehen auch Probleme beim geistigen Eigentum, ein Thema, das besonders die Pharmaindustrie betrifft. Die EU fordert, dass die Angaben, die bei einem Patentantrag bei den Behörden eingereicht werden, geheim gehalten werden, was in der Praxis bedeutet, dass Formel und Herstellungstechnik eines neuen Medikaments nur zum Teil bekanntgegeben werden. Es wird eben befürchtet, dass die Daten an Dritte vergeben werden (gegen Schmiergelder), die dann auch Patentanträge stellen.

Ebenfalls bestehen Probleme bei der Bestimmung des Ursprungs der Güter, weil ein Industrieprodukt meistens auch Teile enthält, die aus anderen Ländern stammen, die nicht im Freihandelsabkommen inbegriffen sind. Dann bestehen auch Konflikte über Ursprungsbezeichnungen, wie Champagner, der in Deutschland Sekt heißt und in anderen Ländern als Schaumwein bezeichnet werden muss, was jedoch bei den Kunden nicht gut ankommt. Das Problem stellt sich auch bei bestimmten Käsesorten (wie Camembert, der ursprünglich von einer Frau dieses Namens in Frankreich hergestellt wurde). Und schließ-

lich besteht noch eine Diskussion über Sanitätsnormen und allerlei anderen Bestimmungen, die in der Praxis den Handel hemmen und oft absichtlich in diesem Sinn ausgelegt werden.

Beim Rindfleisch soll es eine Quote geben, worüber angeblich Einigkeit besteht. Nur will der Mercosur, dass es 150.000 Jato seien, und die EU will nur 90.000 Jato eingestehen. Wichtig ist dabei, dass der Import in der EU mit einem niedrigen Zollsatz belastet wird und das System des beweglichen Zollsatzes definitiv aufgehoben wird. Darüber wurde nichts mitgeteilt. Für die Mercosur-Staaten ist die EU der Hauptmarkt für Qualitätsschnitte, wie Lende ("lomo"), während die billigeren Teile des Rinderleibes heute nach China geliefert werden, wo der Rindfleischkonsum rasant zunimmt. Bei einem Rindfleischkontingent stellt sich dann das Problem der Aufteilung unter den Mercosur-Partnern, da alle Mitglieder dieses Produkt exportieren.

Man vermisst bei der Diskussion die Behandlung des Problems der Differenzierung, die in der EU bei Industrieprodukten und den Rohstoffen, mit denen sie hergestellt werden, besteht. Rohe Rinderhäute zahlen 3%, Leder (also gegerbte Häute) 12%. Eine ähnliche Differenz besteht zwischen Sojabohne und Sojaöl und -mehl. In Argentinien wird dies dann einmal durch Exportzölle auf den Rohstoff (und nicht auf das Industrieprodukt) und eine sogenannten Rückvergütung (die eine direkte Subvention ist) auf das Industrieprodukt ausgeglichen. Das bedeutet im Endeffekt eine Übertragung von Mitteln vom Fiskus der Mercosur-Staaten auf den der EU. Einfach absurd!

Auf alle Fälle wird nicht damit gerechnet, dass es bald zu einem Abkommen kommt. Und wenn es schließlich zustande kommt, dann muss es in die Sprachen der einzelnen EU-Staaten übersetzt und von den Parlamenten dieser Länder angenommen werden. All das dauert nicht weniger als zwei Jahre. Und dann fehlen noch Durchführungsbestimmungen der einzelnen Länder, sowohl des Mercosur wie der EU. Das ganze Verfahren dauert ab Einigung zwischen EU und Mercosur noch 4 bis 6 Jahre.